



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

35. Sitzung (öffentlich)

19. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:15 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
a) Geflügelpest	5
Minister Johannes Remmel (MKULNV) unterrichtet den Ausschuss.	
b) Wie geht es weiter mit dem Bewirtschaftungsplan, Wasserrahmenrichtlinie in der Flussgemeinschaft Weser?	7
– Bericht von Minister Johannes Remmel (MKULNV)	
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)	9
Gesetzentwurf	

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)
Vorlagen 16/2327 und 16/2221

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 020 – Titelgruppe 66 – Titel 686 66 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – vgl. **Drucksache 16/7510, lfd. Antrag Nr. 1** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Sodann **stimmt** der **Ausschuss** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 040 – Verbraucherangelegenheiten – Titel 686 10 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – vgl. **Drucksache 16/7510, lfd. Antrag Nr. 3** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Sodann **empfiehlt** der **Ausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, **dem Einzelplan 10 in der geänderten Fassung zuzustimmen**.

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 2 | Vorhaben im Bereich des MKULNV im Jahre 2015 | 14 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2403 | |
| | – Diskussion. | 14 |
| 3 | Den wertvollen Beitrag der Kleingärtner für Gesellschaft, Gesundheit und Naturschutz würdigen und angemessen fördern | 18 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7154 | |

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

Der **Ausschuss empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/7154 abzulehnen**.

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 4 | Wasserentnahmeentgelt | 21 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2421 | |
| | – Diskussion. | 21 |
| 5 | Entgeltordnung 2014 und Entgeltordnung 2015 | 24 |
| | Vorlage 16/2374 | |
| | Der Ausschuss stellt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion das Einvernehmen zu der Entgeltordnung 2014 und Entgeltordnung 2015 – Vorlage 16/2374 – her . | |
| 6 | Sanierung der Hochwasserschutzanlagen am Rhein | 27 |
| | Vorlage 16/2404 | |
| | – Diskussion. | |

* * *

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)
Vorlagen 16/2327 und 16/2221

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Vorsitzender Friedhelm Ortgies merkt an, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 10. September 2014 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Der Umweltausschuss habe sich in den Sitzungen am 24. September und 29. Oktober bereits mit dem Haushalt für das kommende Jahr beschäftigt. Für heute sei die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen. Es lägen zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Inge Blask (SPD) verweist auf die zwei Änderungsanträge, die die Fraktionen von SPD und Grünen vorgelegt hätten – vgl. Drucksache 16/7510, lfd. Antrag Nr. 1 und 3. Sie nehme zu dem Antrag zu Kapitel 10 040 – Verbraucherangelegenheiten – Titel 686 10 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – Stellung. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sei Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen einer Komm-Struktur werde Verbraucherberatung angeboten.

In vielen Köpfen werde davon ausgegangen, dass man einen mündigen Verbraucher habe. Die Wissenschaft habe aber deutlich gemacht, dass die Wirklichkeit des Verbraucheralltags eigentlich anders aussehe. Es gebe Menschen, die sich verantwortungsvoll informieren und selbst entscheiden könnten, ihre Informationen aus dem Internet heraussuchen könnten. Es gebe Verbrauchergruppen, die darauf vertrauten, dass der Gesetzgeber alles für sie regele und sie sinnvoll einkaufen könnten. Aber es gebe auch die Gruppe der „verletzlichen Verbraucher“ – so benenne das die Wissenschaft –, die Schwierigkeiten habe, mit dem Alltag als Verbraucher klarzukommen. Vielleicht hätten sie keinen Internetanschluss, seien nicht mobil, hätten Schwierigkeiten zu sparen. Dieser Gruppe müsse man sich verbunden fühlen, auch diesen müsse man ein Angebot an Verbraucherberatung machen.

Ihre Fraktion habe deutlich gemacht, dass sie in der Politik einen Quartiersansatz für sinnvoll halte. Sie denke, dass auch die Verbraucherpolitik sich dem Quartiersansatz stellen müsse. An dieser Stelle sei es sinnvoll, dass sich Quartiersansatz und Verbraucherberatung trafen. Es gebe eine Reihe von Wohlfahrtsorganisationen, Mieterschutzvereinen und anderen Verbänden, die Beratung und Informationen im Stadtteil anböten – so auch die Verbraucherberatung vor Ort.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

Nun wollten die Koalitionsfraktionen ein Modellprojekt auf den Weg bringen, bei dem die Verbraucherberatung in die Stadtteile gehe und den Bürger aufsuche. Im Rahmen dieses Modellprojektes sollten 150.000 € eingesetzt werden, um das Angebot auszuprobieren, zu evaluieren und es wissenschaftlich zu begleiten. Das sei der Antrag. Sie bitte um Zustimmung.

Hans Christian Markert (GRÜNE) stellt den Antrag zu Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 66 – Nachhaltige Entwicklung – Titel 686 66 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland vor. Es gehe um 100.000 € unter dem Stichwort Urban Gardening. Das sei die bescheidene Antwort auf eine schnell wachsende Bewegung, die es zum Ziel habe, innerstädtische Freiräume zu erhalten. Es sei vor allen Dingen die Idee, bürgerschaftliches Engagement an dieser Stelle stärker zu würdigen.

Es gehe darum, im Rahmen eines Pilotförderprojektes insbesondere denjenigen, die beispielsweise im ländlichen Raum Obstbäume pflegten und erhielten, ein Signal zu geben, dass diese Arbeit vor dem Hintergrund des Beitrags, den sie zum Klimaschutz leisteten, den sie zum Erhalt von Bienenvölkern beispielsweise leisteten, wertgeschätzt werde. Das seien alles Dinge, die dem kleinteiligen und regional bezogenen Klimaschutz und dem Naturschutz dienten.

Das sei ein Stück Anerkennung von jahrelanger Arbeit und Wertschätzung für dieses Engagement. Er finde, dass man das in einem Programm auf Dauer angelegt umsetzen sollte. Diese 100.000 € hätten sicherlich eine hohe Multiplikatoren-Wirkung. Der Ansatz richte sich an alle Bürgerinnen und Bürger, die in dem Bereich unterwegs seien, darüber hinaus auch an diejenigen, die noch nicht im Kleingartenwesen organisiert seien.

Henning Rehbaum (CDU) merkt an, der Titel „Urban Gardening“ sei in Titelgruppe 66 eingruppiert. Er frage, ob beabsichtigt sei, eine gegenseitige Deckungsfähigkeit mit der Titelgruppe 65 herzustellen – Stichwort Kleingartenwesen.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit sei eine haushaltstechnische Spezialfrage, die beinhalte – er sage das aus jahrelanger Erfahrung –, dass man gegebenenfalls Mittel, die auf der einen oder anderen Seite abgerufen würden, woanders reinstecke und letztendlich auf eine positive Art und Weise für Mittelabfluss Sorge, wobei man das im Zweifel nicht zweckgerichtet tue, erwidert **Hans Christian Markert (GRÜNE)**. Er erlaube sich, auf die Frage mit dem Hinweis zu antworten, dass die beiden Landesverbände des Kleingartenwesens bei der Umsetzung des Förderprogramms intensiv beteiligt werden sollten. Insofern würden die im Sinne von Herrn Rehbaum beabsichtigten Synergieeffekte über diese inhaltliche Klammer sicherlich erfüllt sein.

Rainer Deppe (CDU) teilt mit, seine Fraktion werde heute keine Anträge stellen. Im letzten Jahr habe die CDU-Fraktion 84 Änderungsanträge zum Haushalt gestellt. Davon sei kein einziger angenommen worden. Deshalb werde seine Fraktion zum heu-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

tigen Tag darauf verzichten, weitere Anträge zu stellen. Man müsse ja nicht eine Niederlage nach der anderen passieren. Die Koalitionsfraktionen seien offenbar für gute Vorschläge nicht zu haben. Der Haushalt in diesem Ministerium wie in allen anderen leiste keinen Beitrag zur Konsolidierung. Die grundsätzliche Kritik sei klar. Die große Debatte werde im Plenum stattfinden. Das brauche man heute nicht zu machen. Bezüglich der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen frage er, ob es dazu Deckungsvorschläge gebe, wo die Mittel herkommen sollten.

Karlheinz Busen (FDP) betont, der Minister habe es wieder geschafft, nicht zu sparen – bei 1 Milliarde Neuverschuldung. Niemand in der Regierung habe einen blassen Schimmer, wie die Schuldenbremse in Zukunft eingehalten werden könne. Im „Spielwiesenministerium“ der Grünen gehe der Spaß munter weiter. Dazu müsse am Ende die Grunderwerbsteuer erhalten. SPD und Grüne setzten dem Ganzen noch eine Krone auf. Für die Kleingärtner hätten sie kein Geld, aber für Urban Gardening würden 100.000 € im Haushalt angesetzt. Angesichts der Finanzmisere sei das schon eine Frechheit.

Niemand habe etwas gegen die Rückkehr der Natur in die Städte. Niemand wolle Menschen daran hindern, Dächer, kleine Ecken oder Balkone zu begrünen. Es sei aber völlig unsinnig, dafür Steuermittel aufzuwenden. Entweder sei es ein Trend und die Menschen machten selbstständig mit, oder es funktioniere nicht. Subventionen für die Gestaltung eines Reihenhausgartens im ländlichen Raum gebe es auch nicht. Er bitte, diese Förderung einzustellen und die künftigen Generationen nachhaltig durch solide Haushalte zu entlasten.

Im Übrigen gebe es bereits Förderung für Obstbäume, auch im ländlichen Raum. Die Anträge könne man in jedem Kreis stellen. Das gebe es schon seit Jahren, auch im Kreis Borken. Da brauche man aus dem Landeshaushalt nicht noch extra 100.000 € aufzuwenden.

Hans Christian Markert (GRÜNE) erwidert, das sei ein ganzes Feuerwerk an Kritik und Sparsamkeitsvorschlägen der FDP gewesen. Das Problem sei, dass anderen teilweise Haushaltspolitik vorgeworfen werde, während man sich selber mit konstruktiven Sparvorschlägen zurückhalte. Die Haushaltsdebatte werde noch geführt. Bei solchen Beiträgen sollte man aber aufpassen, dass man fachlich und sachlich richtig argumentiere.

Er erinnere daran, dass die eben angesprochene Titelgruppe 65 – Kleingartenwesen – auch um 200.000 € anwachsen solle, und zwar auf insgesamt 470.000 €. Dann sei die Frage, woraus Herr Busen ableite, dass die Koalitionsfraktionen kein Geld für Kleingärtner in die Hand nehmen würden.

Wenn man die Titelgruppe 66 hinzunehme, ein Förderprogramm, das sich ausdrücklich an die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner wende, die per se nicht unter das Bundeskleingartengesetz fielen, etwa im ländlichen Raum diejenigen, die den Erhalt des alten Baumstandes sicherstellten – teilweise seien sie altersmäßig dazu nicht mehr in der Lage, die nächste Generation würde im Zweifel die Bäume abschlagen –

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

, dann sei das ein sinnvoller Einsatz für den Klimaschutz, für die Wertschöpfung vor Ort, aber auch für die Wertschätzung der Menschen, die das da leisteten. Er finde, in einer bürgerschaftlichen Gesellschaft gehöre es mit dazu, dass man das Engagement auch wertschätze – nicht, dass der Staat alles bezahle. Diese 100.000 € an der Stelle seien sehr gut angelegt. Die 200.000 € im Kleingartenwesen seien auch kein Pappentier. Dann davon zu sprechen, dass kein Geld für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner da wäre, sei nicht richtig und zeige, dass die Opposition den Haushalt bis jetzt noch nicht durchdrungen habe.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) gefällt es ausdrücklich, dass keine großen Einschnitte vorgenommen worden seien – im Gegenteil, dass Erhöhungen vorgenommen worden seien angesichts der Tatsache, dass man Probleme mit Biodiversität habe, dass man Probleme zum Beispiel in der Hellwig-Börde mit dem Vogelschutz habe, wo es zu einem Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU gekommen sei.

Der Ansatz gefalle ihm, dass man nicht weiter spare, dass man sich den Staatszwängen nicht unterwerfe, sondern versuche, vernünftige Umweltpolitik zu betreiben und zu finanzieren. Den beiden Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zum Haushaltsgesetz, zum aufsuchenden Verbraucherschutz und zum Urban Gardening werde seine Fraktion sicher zustimmen können.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) bittet um Redlichkeit, wenn es um die Bewertung gehe. Man sollte sich die Zahlen sehr genau anschauen, dann das Urteil fällen und keine Pauschalurteile in den Raum stellen. Er weise die Behauptung zurück, dass der Einzelplan 10 keinen Beitrag zur Konsolidierung erbracht hätte. Wenn man sich die Haushalte anschau, die seit 2012 beschlossen worden seien, dann sei der Haushalt des Einzelplans 10 mit der kleinste Haushalt – unter 1 Milliarde € – innerhalb der Landesregierung. Pro Haushaltsjahr habe der Einzelplan 10 66 Millionen € inklusive globaler Minderausgaben erbracht, und zwar jedes Jahr. Wenn man das mit der Haushaltsgröße und anderen Ressorts vergleiche, sei das prozentual der größte Beitrag zur Konsolidierung. Das Gesamtvolumen betrage ungefähr 900 Millionen €. 66 Millionen € seien weit über 5 % Beitrag. Das habe kein anderes Ressort erbracht. Diese Tatsache bitte er nicht zu leugnen. Er könne an Zahlen und Programmen nachweisen, wo genau das passiert sei. Er weise den Vorwurf, dass hier kein Beitrag erfolgt sei, entschieden zurück.

Auch bitte er anzuerkennen, dass man an der Stelle Erhöhungen erfahren habe, wo es um die Finanzierung von EU-Programmen gehe. Da könne man natürlich sagen, man wolle sie nicht gegenfinanzieren. Dann dürfe man aber auch das EU-Geld nicht in Anspruch nehmen. Das bringe der Lauf der Dinge mit sich. Wenn sich die europäische Förderlandschaft verändere, wenn man auf Bundesebene erreicht habe, dass man mehr Geld in Nordrhein-Westfalen in der zweiten Säule bekomme, dann brauche es auch einer entsprechenden Kofinanzierung. Das liege in der Natur der Sache. Deshalb seien die Haushaltsansätze an der Stelle erhöht worden, genauso bei der Frage der Kofinanzierung der nächsten EFRE-Periode.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
35. Sitzung (öffentlich)

19.11.2014
sd-ro

Originäre Erhöhungen habe es nicht gegeben – im Gegenteil. Der Einzelplan 10 sei der Etat mit dem größten Konsolidierungsbeitrag – prozentual – zum Gesamthaushalt.

Karlheinz Busen (FDP) findet es redlich, wenn man den Haushalt kritisiere. Es sei nicht unredlich, wenn man sage, die Ausgaben seien zu hoch, es werde zu wenig gespart. Schließlich gehe es um das Geld der Bürger. Außerdem sei kein anderer Haushalt so angewachsen wie Einzelplan 10.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 020 – Titelgruppe 66 – Titel 686 66 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – vgl. **Drucksache 16/7510, lfd. Antrag Nr. 1** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Sodann **stimmt** der **Ausschuss** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 040 – Verbraucherangelegenheiten – Titel 686 10 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – vgl. **Drucksache 16/7510, lfd. Antrag Nr. 3** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Sodann **empfiehlt** der **Ausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, **dem Einzelplan 10 in der geänderten Fassung zuzustimmen**.

